



Hagen Reinhold



ABGEORDNETER DER FREIEN DEMOKRATEN IM BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

die besonderen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie müssen auch der Bundestag und die Abgeordneten weiter einhalten. So gab es dann auch in letzter Woche eine verkürzte Plenarzeit und vor allem eine ausreichende Anzahl leerer Plätze, um Abstand zu halten. Um trotzdem weiterhin arbeitsfähig sein, werden viele Sitzungen immer noch digital per Telefon- der Videokonferenz abgehalten. Das Plenum tagte nur am Mittwoch und am Donnerstag, um die wichtigsten Maßnahmen zu beschließen und den persönlichen Kontakt so weit wie möglich zu reduzieren. Abgestimmt wurden Gesetespakete zur Unterstützung von Wissenschaft, Studierenden, Familien oder der Kreativwirtschaft. Im Bauausschuss kehrte schon wieder ein bisschen Normalität ein, wir haben uns neben den Tagesordnungspunkten zu Corona auch mit den regulären Entwicklungen bei der Bundesstiftung Bauakademie und der nächsten Reform des Wohngeldes befasst. Trotzdem waren die Sitzungen nach wie vor sehr eingeschränkt, denn für uns Abgeordnete gilt nach wie vor das selbe, wie für alle anderen Bundesbürger auch: Zuhause bleiben, soziale Kontakte reduzieren und nur die wichtigsten Wege erledigen. Machen wir weiterhin das Beste aus der Situation - zum Wohle aller - aber lesen Sie selbst...

Mit besten Grüßen und allen guten Wünschen für Ihre Gesundheit

Ihr Hagen Reinhold

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

WAS WAR IM AUSSCHUSS

So langsam kommen die Sitzungswochen wieder in ruhigeres Fahrwasser. Natürlich bearbeiten wir zuallererst die verschiedenen Auswirkungen der Corona-Krise. Die Bewältigung wird uns auch in den nächsten Wochen hauptsächlich beschäftigen. Wir müssen die Maßnahmen der Regierung weiterhin kontrollieren und überprüfen, ob das Regierungshandeln immer noch angemessen ist. Die Regierung muss jede verlängerte Einschränkung unsere Freiheiten nachvollziehbar und ausführlich begründen. Im Rahmen dieser Kontrollfunktion haben wir uns über die Auswirkungen der Corona-Krise sowie über die nächsten Maßnahmen der Bundesregierung im Baubereich informieren lassen. Ein weiteres Corona-Thema waren die Gefahr einer Überschuldung von Mietern und Vermietern durch die Stundungsmöglichkeiten. Die FDP will hier ein umfassendes Sonder-Wohngeld umsetzen, um Mieter und Vermieter schnell und unbürokratisch zu entlasten. Trotzdem würden wir nach aktuellem Stand auch einen Sonder-Fonds mittragen, wenn es allen Akteuren bei dieser Krise hilft. Neben den Corona-Themen drängt jetzt auch der politische Alltag wieder auf die Tagesordnung. Die Bundesregierung berichtete von den neusten Entwicklungen der Bundesstiftung Bauakademie und erklärte den Abgeordneten Ihr Handeln, außerdem debattierten wir die Reform des regulären Wohngeldes. Es normalisiert sich langsam aber sicher und ich freue mich darauf, bald wieder mit allen Kollegen und vollen Besucherrängen zu debattieren.





WAS WAR IM PLENUM

Wie bei den Ausschüssen kehrt auch im Plenum in Teilen wieder eine "Normalität" ein. Das heißt für letzte Woche: Auch der Bundestag muss massive Einschränkungen umsetzen und trotzdem weiterhin arbeitsfähig sein, ohne die Gesundheit der Abgeordneten zu riskieren. Darum wurde auch letzte Sitzungswoche deutlich eingeschränkt und viele unserer Sitzungen digital per Telefon- oder Videokonferenz abgehalten. Alle Debatten, außer die zur Regierungserklärung der Kanzlerin, dauerten demnach auch nur 30 Minuten.

Rede von Christian Lindner zur Regierungserklärung:

Das Plenum begann mit einer Regierungserklärung der Kanzlerin. Sie kritisierte den öffentlichen Diskurs über Öffnungen und den Wunsch nach regelmäßiger Überprüfung der einschränkenden Maßnahmen und plädierte für ein "weiter-so" und ein Ende der "Diskussionsorgien". Das sehen wir Freien Demokraten natürlich anders. Der Staat ist immer begründungspflichtig, wenn er Grundrechte einschränkt. Deshalb muss darüber diskutiert werden. Auch wir Freien Demokraten haben die massiven Einschränkungen zu Anfang mitgetragen. Jetzt gilt es, letzte Einschränkungen dauerhaft zu überprüfen. Die Wiedereröffnung bis maximal 800m² Fläche im Einzelhandel beispielsweise ist wissenschaftlich nicht nachvollziehbar. Maßgeblich für das weitere Handeln ist die Einhaltung des Abstandes und der Hygiene und endlich eine umfassende Digitalisierungsstrategie. So können wir Freiheit und Gesundheit viel besser miteinander vereinbaren.

Hier finden Sie die Rede.



Selbstbewusstsein statt Abschottung - liberales Außenwirtschaftsrecht

Unser Antrag "Selbstbewusstsein statt Abschottung – Für ein liberales Außenwirtschaftsrecht trotz Corona-Pandemie" soll den Blick dafür schärfen, dass sich Deutschland und die Bundesregierung auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen muss, dass Investitionsprüfungen nicht aus industrie- und technologiepolitischen Erwägungen erfolgen, sondern sich auf das etablierte Kriterium „Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ entsprechend der geltenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes beschränken. Es muss nachgeschärft werden, um in transparentes und verlässliches Investitionsprüfungsverfahren zu etablieren und zu präzisieren, welche Faktoren tatsächlich für eine Gefährdung der „nationalen Sicherheit und Ordnung“ im Kontext Volkswirtschaft und Industrie zu betrachten sind.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Familien in der Corona-Krise verlässlich unterstützen - Elterngeld und Hilfe für Familien

Familien haben es in der Corona-Krise schwer. Geschlossene Kitas und Schulen und die daraus resultierende Arbeitssituation stellen eine große Herausforderung dar. Bei Fällen, in denen sich aufgrund der Schließung der Kindertagesbetreuung durch behördliche Anordnung der Beginn der zuvor geplanten Aufnahme des Kindes in eine Einrichtung verschiebt, müssen die Familien verlässlich unterstützt werden und auch langfristig vor finanziellen Risiken geschützt werden. Ein Weg den wir in unserem Antrag vorschlagen, ist den Bezug des Elterngeldes in diesem Fall zu verlängern. Auch der Zeitkorridor des Partnerschaftsbonus für Alleinerziehende muss dringend geändert werden, um Alleinerziehende nicht zu benachteiligen. Zudem soll der Anspruch auf den beantragten Partnerschaftsbonus nicht dadurch verloren gehen, dass sie während der Bezugsdauer Krankengeld erhalten.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Anträge für die Kreativwirtschaft

Wir Freien Demokraten setzen uns in der letzten Sitzungswoche dafür ein, die verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung zu kontrollieren, zu steuern und nachzubessern. Viele notwendige Schritte der letzten Wochen, wie das gewaltige Finanzpaket, müssen jetzt zielgenauer ausgestaltet werden, damit die Mittel auch bei den richtigen Empfängern ankommen. Einer dieser Empfänger, die durch Corona mit am härtesten getroffen wurde, ist die Kunst- und Kreativwirtschaft, mit ihren rund 256.000 Unternehmen und rund 600.000 Selbstständigen. Kinos, Opern, Theater, Musikbühnen und Clubs haben mit dem Lockdown der Gesellschaft ihren Umsatz vollständig verloren. Genauso ist bei den Teilen der Wirtschaft, die an den Kunst- und Kulturbetrieb angeschlossen sind. Für sie bedeutet die Krise enorme wirtschaftliche Schänden. Schauspieler, Musiker, DJs, aber auch Veranstalter, Ticketvertrieb und Catering haben genauso wie die Spielstätten selbst ihren kompletten Umsatz verloren. Viele dieser Akteure fallen aber durch das Raster der bisherigen Staatshilfen. Um sie besser zu schützen, hat die FDP insgesamt vier Anträge in letzter Sitzungswoche eingereicht.

Die Anträge:

- ▶ Corona-Notfallplan für die Filmwirtschaft
- ▶ Kultur- und Kreativwirtschaft krisen- und zukunftsfest gestalten
- ▶ Verbraucherschutz in der Corona-Krise – Gutscheinelösung verbraucherfreundlich ausgestalten
- ▶ Kultur- und Kreativwirtschaft in der Corona-Krise überlebensfähig machen

Wir fordern:

Klare und transparente Kriterien für eine differenzierte **Öffnungsstrategie!**



WAS WAR IM WAHLKREIS

Der Bundestag tagte letzte Woche. In Schleswig-Holstein gab es Sondersitzungen im Landtag - aber in MV regiert die Staatskanzlei wochenlang am Parlament vorbei. Anfang April war die letzte Landtagssitzung, die nächste soll erst Mitte Mai stattfinden. Grund genug, um den Finger in die Wunde zu legen und mediale Impulse zu setzen, denn selbst in Regierungskreisen rumorte es schon. Wir Freien Demokraten sind eine Bürgerrechtspartei und deshalb bin ich froh, dass durch unseren Impuls in Mecklenburg-Vorpommern über die Intransparenz bei der Corona-Politik berichtet wurde. Wenn selbst Regierungsmitglieder erst im Nachhinein von Beschlüssen aus der Staatskanzlei erfahren und keine demokratische Debatte mehr stattfindet, dann ist das eine Gefahr für die Demokratie. Das sagte ich auch gegenüber dem Nordkurier:

Scharfe Worte in Richtung der Ministerpräsidentin kommen von Hagen Reinhold, FDP-Bundestagsabgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern. „Gerade bei Grundrechtseinschränkungen muss die Verhältnismäßigkeit jeden Tag neu geprüft werden, denn die Informationslage ändert sich täglich. Da muss es den Diskurs geben. Deswegen ist das Parlament wichtig. Parlamentarismus funktioniert, das sieht man im Bund und in anderen Bundesländern – aber in MV findet er nicht statt.“

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung fordert der Liberale: „Das Parlament in MV ist handlungsfähig und muss deshalb auch mitentscheiden können, sonst wachen wir morgen im Königreich Schwesig auf.“

[Hier finden Sie den Artikel.](#)

Schiefelage MV Werften

Die Debatte um die Genting Gruppe und die finanzielle Zukunft von MV Werften wurde in letzter Woche im Land geführt. Doch viele Fragen stehen im Raum: Woher bekommt Minister Glawe das Geld? Ist im Landeshaushalt eine derart große Summe für MV Werften da? Oder kommt der Corona-Topf des Bundes hier als kreative Finanzierungslösung für die Werften ganz gelegen? Corona darf nicht zum Selbstbedienungsladen für schlechte Unternehmensführung oder andere Probleme werden. Glawe muss transparent machen, seit wann Finanzierungsprobleme bestehen. Wenn er das nicht beantworten kann, frage ich mich, warum verschiedene Wirtschaftsprüfer die Werften überwachen.

Tour läuft wieder an

Dialog und Diskurs sind wichtig, deswegen wird die Tour mit dem FDP-Mobil fortgesetzt. Eine Rückkehr in das Leben vor Corona ist es nicht, aber mit drei Terminen an den Standorten Neustrelitz (6. Mai), Barth (15. Mai) und Wismar (22. Mai) werden wir sehen, ob und wie in Corona-Zeiten der Dialog mit Wählern und Bürgern stattfinden kann. Selbstverständlich werden mein Team und ich darauf achten, dass wir alle Sicherheitsmaßnahmen einhalten. So sorgen wir beispielsweise dafür, dass Abstands- und Hygieneregeln eingehalten werden. Wir hoffen natürlich, dass nach unseren ersten Terminen mehr Lockerungen als bisher das tägliche Leben in MV wieder ankurbeln und wir auch im Anschluss an weiteren Standorten für die Bürgerinnen und Bürger da sein können. Denn die Planungen für unsere landesweiten Veranstaltungen sind in vollem Gange - wir warten nur noch auf den Startschuss.



Aus dem Leben eines Abgeordneten oder wie ich einen Sitznachbarn hatte, der 100% immun war...

Viele Familien bewältigen im Moment enorme Herausforderungen, weil sie Kinder, Beruf und Lockdown irgendwie vereinen müssen. Das betrifft uns Abgeordnete genauso, wie jeden anderen Bundesbürger auch. Noch bevor die Corona-Krise das Land lahmgelegt hatte, brachte eine Kollegin ihr Kind einfach mit in die Sitzung des Arbeitskreises, als sie keine andere Option sah. Dieses Mal ging es mir ähnlich: ich musste meinen Tagesablauf schnell umorganisieren, dadurch hatte ich dann doch einen Sitznachbarn im Plenum, der garantiert immun war!







Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender Email-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: <https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/> anmelden.

Kontakt Daten

Hagen Reinhold, MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390

hagen.reinhold@bundestag.de



Verantwortlich

Auf dieser Seite werden Cookies verwendet.

Durch das Fortsetzen der Benutzung dieser Seite, stimmst du der Benutzung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

Ok, ich bin
einverstanden